

Unsere Zuckernot.

Die Praktiken der tschechischen Ausführpolitik.

Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß beantwortete heute in der Nationalversammlung eine Anfrage des christlichsozialen Abg. Johann Görtler (Grein) über die Zuckernot und über die unregelmäßige Anlieferung des Zuckers. Der Staatssekretär wies zunächst darauf hin, daß die Regierung bereits am 20. November v. J. einen Vertrag mit den Tschecho-Slowaken abschloß, um eine ausreichende Zuckerversorgung Deutschösterreichs sicher zu stellen. Dieser für die Monate November, Dezember und Jänner geltende Vertrag habe jedoch Verzögerungen erlitten, weshalb nicht 3700, sondern nur 1300 Waggons geliefert wurden. Mitte Jänner begannen neue Verhandlungen mit Prag, um die Zuckerversorgung für die Zeit nach dem 31. Jänner zu sichern. Bei dieser Gelegenheit verlangte man in Prag u. a. verschiedene Kompensationsartikel, wie Magnesit, Sensen, Sichel und selbst Milchlähe. Schließlich kam ein neues Abkommen zustande, in dem sich die Tschechen verpflichteten, bis 30. September monatlich rund 900 Waggons Zucker für den unmittelbaren Konsum und etwas über 300 Waggons für Industriezwecke zu liefern. Abgesehen davon wurde noch ein Quantum von rund 1000 Waggons einmal für Zwecke der Marmeladenindustrie zugesagt. „Die Zusagen der Tschechen“, so führte Dr. Loewenfeld-Ruß weiter aus, „hätten es ermöglicht, daß wir die Zuckerquote etwas erhöhen. Darauf bezogen sich auch die Zeitungsnachrichten wegen Erhöhung der Zuckerquote um $\frac{1}{4}$ Kilogramm. Die Ratifizierung des Vertrages wurde jedoch von den Tschechen immer wieder verzögert. Dazu entstanden noch Schwierigkeiten wegen der Bezahlung des Zuckers. Es waren monatlich 100.000.000 Kr. in tschecho-slowakischem Gelde aufzubringen, was uns aber infolge der verschiedenen finanzpolitischen Maßnahmen nicht möglich war. Erst Anfang Mai gelang es, mit den Tschechen ein für zwei Monate geltendes Zahlungsabkommen zustande zu bringen. Der für die zwei Monate notwendige Betrag wurde zum Teil durch Kredite der tschechischen und Wiener Banken

gedeckt. Für die Finanzierung der Zuckerlieferungen für die weiteren Monate ist ein endgültiges Abkommen noch nicht erfolgt, damit im Zusammenhange steht nämlich die Regelung einer Reihe finanzieller Fragen, die von den Tschechen an diese Regelung geknüpft wurden. Der Preis des Zuckers stellt sich derzeit auf 320 tschecho-slowakische Kronen loco Prag (gegen früher 246 Kr.) Dazu kommt noch die Steuer, die das Staatsamt für Finanzen beim Einlaufen des Zuckers einhebt, sowie die Versicherungsprämie. Gegenwärtig erleidet nun der deutschösterreichische Staat bei dem jetzigen Zuckerpreis andauernd große Verluste. Der Hauptgrund für die unregelmäßige Belieferung der Bevölkerung mit Zucker war die unregelmäßige An- und Ablieferung seitens der tschechischen Zuckerfabriken. Von dem ersten Vertrage, der im November abgeschlossen wurde, sind heute noch 500 Waggons rückständig. Aus dem zweiten Vertrage, auf Grund dessen ab Februar monatlich 1200 Waggons zu liefern waren, sind bis zum 12. Mai erst 80 Waggons abgeliefert worden, so daß wir es mit einem Rückstande von 5200 Waggons zu tun haben, die zum Teil schon bezahlt sind. Aus dieser unregelmäßigen Anlieferung erklärt sich auch die allgemeine Zuckerknappheit und es kann daher auch bezüglich des Einsiedezuckers keine Zusage abgegeben werden. Die Entscheidung hierüber wie auch über die angestrebte Quotenerhöhung liegt ganz bei den Tschechen.